

Kostenüberschreitung bei der H189: Wie wird die Kommunikation bei der RUBD gehandhabt?

Anfrage

Mit Bestürzung habe ich einem am 1. April 2008 erschienenen Zeitungsartikel entnommen, dass die Mehrkosten für die H189 höher ausfallen werden als angekündigt und letzten Endes 75 Millionen Franken betragen dürften. Dieser neue Betrag wurde von der RUBD bis anhin weder bestätigt noch dementiert.

Seit Beginn erfährt die Kommission für Strassen- und Wasserbau systematisch durch die Presse, welches die neusten Entwicklungen in dieser Angelegenheit sind. Es macht ganz den Eindruck, dass die Journalisten zuerst bedient werden. Auch dieses Mal werden wir uns zwei Wochen gedulden müssen bis zur offiziellen Information. Weder über die erste Mehrkostenbezifferung noch über den Rücktritt des Kantonsingenieurs noch über die Entfernung des Projektsleiters noch dieses Mal (neuste Zahlen zu den Mehrkosten) wurden die Mitglieder der Kommission informiert, bevor die entsprechenden Artikel in der Presse erschienen.

Wie kommt es, dass sich solche Pannen in so kurzer Zeit wiederholen? Welches ist die Kommunikationspolitik der RUBD?

2. April 2008

Antwort des Staatsrats

Dem Staatsrat und seinen Direktionen ist es ein stetes Anliegen, die Freiburger Bevölkerung regelmässig und zuverlässig zu informieren. Auch achten sie darauf, dass alle Medien gleich behandelt werden. In aller Regel werden diese Ziele auch erreicht – obwohl die Öffentlichkeitsarbeit nicht immer einfach ist. Allerdings muss der Staatsrat auch feststellen, dass Informationen manchmal verfrüht oder lückenhaft veröffentlicht werden, was seinem Willen, präzise und im geeigneten Augenblick zu informieren, entgegenläuft.

Im vorliegenden Fall wollte der Staatsrat das Ergebnis des Audits des Finanzinspektorats über die Kostenüberschreitungen bei der H189 abwarten und darauf die Öffentlichkeit anlässlich einer Medienkonferenz informieren. Dem ist anzufügen, dass die Kommission für Strassen- und Wasserbau und die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission als Erste und noch vor der Medienkonferenz über die Ergebnisse der Untersuchung in Kenntnis gesetzt wurden.

Davor wurde das Auditergebnis weder vom Staatsrat noch von der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion noch vom Finanzinspektorat nach aussen kommuniziert.

Freiburg, den 15. April 2008